



Postvertrag und Zollvertrag



Patricia Schiess
Forschungsbeauftragte Recht

Liechtenstein und die Schweiz feiern im Jahr 2023 den 100. Geburtstag des Zollanschlussvertrags. Dieser hatte einen Vorläufer: den 1920 abgeschlossenen Postvertrag. Lange entwickelten sich der Post- und der Zollvertrag parallel. Wegen der durch den EWR-Beitritt Liechtensteins notwendig gewordenen Liberalisierung von Postwesen und Telekommunikation entschied sich Liechtenstein jedoch kurz nach dem EWR-Beitritt für die Abkoppelung von den Schweizer PTT-Behörden und vereinbarte mit der Schweiz die einvernehmliche Auflösung des Postvertrags per 31. März 1999.

Liechtenstein suchte nach dem Ersten Weltkrieg die Zusammenarbeit mit der Schweiz. Der Postvertrag von 1920 stellte auf staatsvertraglicher Ebene einen ersten erfolgreichen Schritt dar.

«Das vorliegende Übereinkommen [...] stellt den **Beginn einer vertraglichen Regelung** dar, mittels welcher **der kleine Nachbarstaat an unserer Ostgrenze** in wirtschaftlicher Hinsicht bei der Schweiz die Anlehnung und den Rückhalt sucht, die ihm früher von der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie gewährt worden sind.»

Der Schweizerische Bundesrat in seiner Botschaft vom 17. November 1920 zum **Postvertrag**, BBI 1920 V 145

Postvertrag

Der Postvertrag sah vor, dass der Postdienst – inklusive Postscheck- und Postsparkassendienst – sowie der Telegraphen- und Telephondienst in Liechtenstein durch die schweizerische PTT besorgt wurde, auf Rechnung Liechtensteins.

Zollvertrag

Durch den Zollvertrag wird das Gebiet Liechtensteins an das schweizerische Zollgebiet angeschlossen. Der Zollschatz erfolgt durch die schweizerische Zollverwaltung. Das Zollpersonal untersteht Schweizer Behörden.

Postvertrag – der Vorläufer des Zollvertrags

Der Postvertrag von 1920 sah in Artikel 2 PV vor:

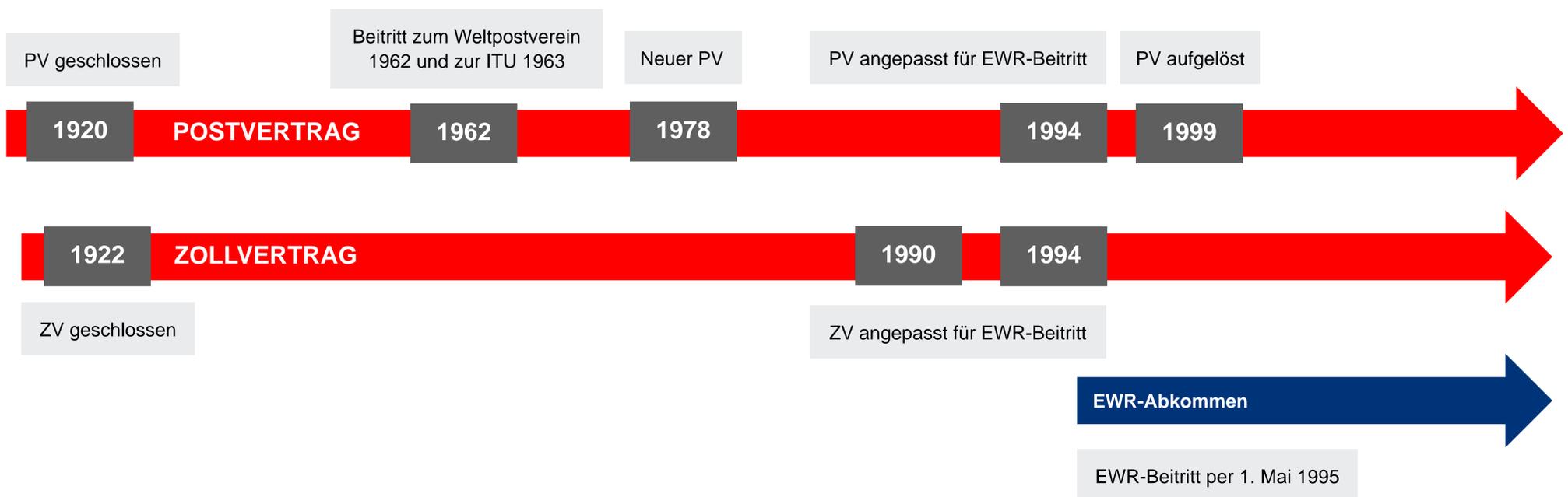
«Die schweizerischen Gesetze und Vorschriften über das Postwesen und das Telegraphen- und Telephonwesen, sowie die einschlägigen Verträge und Übereinkommen der Schweiz mit fremden Ländern gelten im Fürstentum Liechtenstein in gleicher Weise wie in der Schweiz.»

Artikel 4 des Zollvertrags sieht bis heute eine analoge Regelung vor.

Der Post- und Fernmeldevertrag von 1978 regelte in Artikel 6 PV:

«Das Recht des Fürstentums Liechtenstein, selbst Vertragsstaat internationaler Übereinkommen oder Mitgliedstaat Internationaler Organisationen zu werden, denen die Schweiz angehört, wird durch diesen Vertrag nicht eingeschränkt.»

Der Zollvertrag enthält seit 1991 dieselbe Regelung in Artikel 8^{bis} Absatz 1 ZV.



Grosse Bedeutung des Zollvertrags bis heute

Regelmässig werden diejenigen **Schweizer Rechtsvorschriften** kundgemacht, **die in Liechtenstein anwendbar sind** (siehe LR-Nr. 170.551.631). Verschiedene Schweizer Gesetze und Verordnungen sind vollständig anwendbar. Es gibt jedoch auch Schweizer Erlasse, von denen einzelne Bestimmungen von der Geltung in Liechtenstein ausgenommen werden. Von anderen Schweizer Erlassen gelten in Liechtenstein lediglich einzelne Bestimmungen oder sie gelten nur unter bestimmten Bedingungen. So wird den Interessen Liechtensteins Rechnung getragen.

Das **Nebeneinander von Zollvertragsrecht und EWR-Recht in Liechtenstein** regelt die Vereinbarung vom 2. November 1994 zwischen Liechtenstein und der Schweiz zum Zollanschlussvertrag (LR-Nr. 0.631.112.1).

Sie sieht in Artikel 3 Absatz 2 vor:

«Soweit Zollvertragsrecht und EWR-Recht voneinander abweichen, findet für das Fürstentum Liechtenstein im Verhältnis zu den Vertragspartnern des EWR-Abkommens EWR-Recht Anwendung.»